hat, wird durch den ungeheuerlichen Raub an den Hungerlöhnen der Arbeiter, die Massenausplünderung verschärft.

Während den Arbeitern das Stück Brot vom Tische gestohlen wird, macht die Brüning-Regierung den Unternehmern Riesengeschenke. Der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (AEG) in Berlin wurde die den Arbeitern abgezogene Lohnsteuer von 1,7 Millionen Mark erlassen. Die Tantiemen der Direktoren im Betrage von 2,1 Millionen Mark waren zur Lohnsteuer nicht angemeldet. 60 Millionen Mark Lohnsteuer verschenkte die Brüning-Regierung, die von den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern unterstützt wird, an die Unternehmer.

Die sächsischen Textilunternehmer führten im Jahre 1930 die erste Lohnabbauoffensive durch, kürzten die Löhne bis zu 30 Prozent und steckten gleichzeitig 10 bis 20 Prozent Dividenden in ihre Taschen. Eine weitere Kürzung der Löhne bedeutet noch mehr Hunger und Elend für Zehntausende von Textilarbeitern mit ihren Familien.

In einer Eingabe des Deutschen Textilarbeiterverbandes an die Reichsregierung über die Notlage der Textilarbeiterschaft wird festgestellt:

Der durchschnittliche Wochenverdienst betrug:

	1921	1930	Abnahme in %
für männliche Facharbeiter . .	42,22	37,67	10,8
für weibliche Facharbeiter . .	30,35	26,67	11,4
für ungelernte männliche Zeitlohnarbeiter	33,78	29,91	11,4
für ungelernte weibliche Zeitlohnarbeiter	22,10	20,78	7,2

Diese Erhebung wurde vom Dezember 1929 bis Mai 1930 gemacht. Der DTV stellt fest, daß seit dieser Erhebung die Durchschnittswochenverdienste heruntergegangen sind, trotz großer Leistungs-Steigerung. Die Facharbeiter arbeiten fast restlos im Akkord. Die Akkordstücklöhne sind gesunken. Zum Teil wurden diese bis zu 50 Prozent und darüber gekürzt. Dem Abbau der Löhne und Akkordlöhne steht eine ungeheure Mehrarbeitsleistung gegenüber. Eine Arbeiterin muß, anstatt bisher 480 Spindeln 600 Spindeln bedienen. Die Drosselspinnerinnen einer Firma bedienten

bisher	456	520	576 Spindeln
jetzt	684	650	720 Spindeln

Die tarifliche Arbeitszeit beträgt nach dem Jahrbuch des DTV. für 579 935 Textilarbeiterinnen und -arbeiter 51 Stunden die Woche. 56 000 haben eine wöchentliche Arbeitszeit von 51 bis 60 Stunden.

Die Ausbeutung und Unterdrückung der Jungarbeiterschaft tritt in der Textilindustrie besonders kraß in Erscheinung.

Die Jungarbeiterinnen und -arbeiter sind für die Textilunternehmer die billigsten Arbeitskräfte. Junge, 14- bis 16jährige Textilarbeiterinnen erzielen bei 32 Pfennig Stundenlohn einen Jahresverdienst von 500 Mark. — In Oberlungwitz hat sich eine junge Textilarbeiterin auf dem Oberboden einer Fabrik erhängt. Ausbeutung und Hungerlohn haben sie in den Tod getrieben.

Kollegen Kolleginnen! Die Arbeitszeit, die Löhne und damit das Brot und die Milch der Kinder, die Kleidung, Nahrung und die ganze weitere Existenz stehen jetzt auf dem Spiel!

Auf dem letzten Verbandstag des DTV wurde eine Entschließung angenommen, in der sich der DTV zum Ziel setzt: „Die Erhöhung des Arbeitslohnes entsprechend der Mehrleistung (Prämienlohnsystem)."

Durch diese Entschließung erklärt die DTV-Bürokratie ihr Einverständnis mit verschärfter Ausbeutung, durch Einführung des Prämienlohnsystems.

Der Deutsche Textilarbeiterverband ist die einzige Gewerkschaft, die mit einem Konzern für 20 000 Arbeiter einen „Leistungslohntarif" abgeschlossen hat.

Im rechtsrheinischen Gebiet hat die DTV-Führung in einer freien Vereinbarung mit den Unternehmern die Löhne der Textilarbeiterschaft um 5,5 Prozent gekürzt. In Mittweida wurden die Löhne der Textilarbeiter in einer Fabrik mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer um 8 Prozent abgebaut. Jedem verbindlich erklärten Lohnschiedsspruch hat sich die Gewerkschaftsbürokratie unterordnet. Anstatt die Kampfe der Arbeiterschaft gegen die Lohnabbauoffensive der Unternehmer zu unterstützen, hilft sie in trauter Gemeinschaft mit dem Unternehmertum und dem kapitalistischen Schlichtungswesen die Lohn- und Arbeitsbedingungen verschlechtern, organisiert den Streikbruch und erklärt sich mit dem faschistischen Polizeiterror solidarisch. Das Verhalten der Bürokratie des Gesamtverbandes im Chemnitzer Straßenbahnerstreik kennzeichnet die Rolle der sogenannten „linken" Gewerkschaftsführer in Sachsen als eine Hilfstruppe der Unternehmer und der Brüning-Diktatur.

Unternehmertum, kapitalistischer Staatsapparat und sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie bilden im Kampfe gegen die Arbeiterschaft eine Front.

•

Dagegen muß die gesamte Textilarbeiterschaft und darüber hinaus die ganze Arbeiterschaft zusammenstehen und den Kampf aufnehmen. Nur durch den Streik wird der Lohnabbau verhindert werden. Der Riesenkampf der 350 000 englischen Textilarbeiter unter revolutionärer Führung ist mit einem vollen Erfolg für die Textilarbeiter beendet. Auch die englischen Textilarbeiter führten den Kampf gegen den Dreibund Unternehmertum—Macdonald-Regierung und reformistische Gewerkschaftsbürokratie.

Der Kampf der Textilarbeiter gegen den Lohnraub ist zugleich der Kampf gegen das faschistische Schlichtungswesen, gegen die faschistische Regierung und ihren Lohnabbauminister, gegen die Trustbourgeoisie, die den Faschismus ausbaut als letzte Herrschaftsform zur Unterdrückung der arbeitenden Massen, gegen die Gewerkschaftsbürokratie, die mit Riesenschritten zum Faschismus wandert.

Die Vertreter der vorbereitenden Kampfausschüsse geloben, mit allen Kräften dahin zu wirken, ihre Betriebsbelegschaften in den Streik zu führen gegen jeden Pfennig Lohnabbau.

Die Konferenz der vorbereitenden Kampfausschüsse fordert alle Textilarbeiter und -arbeiterinnen auf:

Organisiert den Streik!

Wählt euch in den Betrieben eine revolutionäre Streikführung auf der Grundlage eines betrieblichen Kampfprogramms, in der die Frauen und Jungarbeiter ihrer Stärke entsprechend vertreten sind.

Stellt euch geschlossen hinter eure selbstgewählte Kampfleitung!

Bildet eine feste, unerschütterliche Streikfront!

Auch ihr, sozialdemokratische Arbeiter, dürft nicht zulassen, daß Frauen und Kinder im Interesse des Kapitalismus verhungern sollen.

Wir werden gemeinsam ausgebeutet — wir müssen auch gemeinsam kämpfen! Reiht euch ein in die Kampffront!

Schreit den reformistischen Gewerkschaftsführern, die sich offen auf die Seite der Lohnräuber gestellt haben, kein Vertrauen!

Wählt Vertrauen der RGO!

Stärkt die RGO! — Werdet Mitglieder!

Heute Beginn des Riesenprozesses

Aushebung faschistischer Waffenlager vor dem Reichsgericht

410

Ein Manöver zur Verhüllung der Gewaltpläne der Bourgeoisie / Vergeblicher Hetzversuch gegen die KPD!

Unsere Antwort: Organisierter Massenkampf gegen Faschismus!

(Von unserem nach Leipzig entsandten Berichterstatter)

Heute beginnt vor dem Reichsgericht in Leipzig der große Waffen„diebstahls"prozeß gegen 29 revolutionäre Arbeiter, die bereits seit Februar v. J. in Untersuchungshaft sitzen. Die Anklageerhebung erfolgte auf Grund eines Versuches einer Gruppe von Arbeitern, ein faschistisches Waffenlager, das sich in einem Gebäude der Reichswehr befand, auszuheben. In der mehr als 100 Seiten umfassenden Anklageschrift stellt die faschistische Reichsanwaltschaft die Behauptung auf, daß die angeklagten Arbeiter auf Veranlassung der KPD die Waffen zur Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes entwendet hätten. Außer den nackten Behauptungen weiß die Reichsanwaltschaft nichts weiter zur Begründung dieser willkürlichen und bewußten Konstruktion anzuführen.

Die werktätigen Massen haben noch die Vorgänge beim sogenannten Tschekaprozeß zu gut in Erinnerung, als daß sie nicht sofort den ganzen Sinn dieser durch nichts bewiesenen Behauptung erkennen könnten: Konstruktion einer Verdachtsbegründung gegen die KPD. Obgleich das höchste Klassengericht der deutschen Bourgeoisie nur allzu gut weiß, daß die KPD die Erfüllung ihrer Aufgabe nicht in der Durchführung individueller Aktionen, losgelöst vom Massenkampf, sieht, sondern in der Mobilisierung und Organisierung der breitesten Front aller Ausgebeuteten in Stadt und Land zum Kampf gegen die kapitalistische Diktatur. Die spontane Handlung der 29 Proletarier wurde ausgelöst von ihrer Empörung über die offene Organisierung des Mordterrors der Nazibanden, die sich der wohlwollenden Duldung, oft sogar der direkten Unterstützung der Staatsmacht der kapitalistischen Republik erfreuen. Die Aktion, die diese 29 Arbeiter vollständig selbständig und aus eigener Initiative durchführten, betrachteten sie als einen Akt der Selbsthilfe gegen die systematischen Vorbereitungen zur Steigerung des Arbeitermordes durch Konzentration größerer Waffenlager in allen Teilen des Reiches. Sie erfuhren von der Existenz dieses Waffenlagers und griffen zu. Griffen zu als Antwort auf die bisherige Behandlung und Erledigung der Fälle, in denen faschistische Waffenlager ausgehoben, pro forma einige dieser Kumpane verhaftet und nach kurzer Zeit wieder freigelassen wurden, wie in Polin, auf Schloß Jäschkowitz, in einem Erbbegräbnis in Jagel, bei dem Kriegervereinler Batterfeld in Werne. Das ist nur eine Auslese aus dem Blütenkranz der faschistischen Massenmordvorbereitungen. Hier glaubten die Proletarier, zugreifen zu müssen und führten ihre Aktion rein individuell durch. Das ist der Tatbestand. Die Ursache, die solche Stimmungen und Auffassungen bei Arbeitern erzeugt, erzeugt der faschistische Kurs der deutschen Bourgeoisie und ihrer Hilfstruppen täglich aufs neue. An anderer Stelle bringen wir abermals eine Meldung über die Entdeckung eines neuen Waffenlagers der Nazis in Bonn, das nur dadurch gelangt wurde, daß aus dem dortigen Parteihaus der Hitlerpartei auf vorbeikommende Arbeiter scharf geschossen wurde. Wir erklären, daß durch diesen Prozeß gerade diese Tatsachen vor der Oeffentlichkeit verschleiert werden sollen, und daß durch eine Flut von Verleumdungen gegen die einzige Partei, die einen organisierten Massenkampf gegen den legalen und illegalen faschistischen Terror führt, gegen die Kommunistische Partei. Daß die Bourgeoisie bei diesem Manöver, das direkt den Nazis zugute kommt, die Unterstützung der sozialdemokratischen Presse erhält, entspricht nur der Rolle dieser Partei, die die Stimmen tausender ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter zu einer schamlosen Unterstützung des Existenzkampfes der bankrotten Bourgeoisie um die Erhaltung ihrer politischen Macht mißbraucht. Wie beim Tschekaprozeß wird sie versuchen, durch die SPD-Presse im Lager der Arbeiterschaft Verwirrung über die wahren Hintergründe dieses Prozesses hervorzurufen.

Wir betrachten als unsere Aufgabe, und jeder klassenbewußte revolutionäre Proletarier muß uns darin unterstützen, dieses Manöver zu enthüllen und den Prozeß zu einer Waffe der Massenaufklärung über die Vorbereitungen des legalen und illegalen Faschismus zur völligen Knebelung der deutschen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei, der KPD., zu gestalten. Für die klassenbewußten deutschen Proletarier ist es eine Selbstverständlichkeit, daß ihre Kampforganisation gegen die Klassenjustiz, die Rote Hilfe, den angeklagten Proletariern im Kampf um ihre Freiheit zur Seite steht. Die Arbeiterklasse bringt dadurch denen ihre Sympathie zum Ausdruck, die durch Einsetzung ihrer Person dem Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus dienen wollten.

Naziwaffenlager in Bonn ausgehoben

Mordbanden schießen aus dem Nazi-Parteihaus

Köln, 14. Februar. (Eig. Bericht.)

In den Abendstunden des 13. Februar kam eine Anzahl Arbeiter vor dem Parteihaus der Nazis in Bonn vorbei, als plötzlich aus dem Haus eine Reihe von Schüssen fielen, durch die mehrere Arbeiter schwer verletzt wurden. Angesichts dieser ungeheuerlichen Tatsache mußte die Polizei unter dem Druck der empörten Bevölkerung eine Durchsuchung des Nazibüros vornehmen. Dabei wurde ein umfangreiches Waffenlager festgestellt. Die Polizei beschlagnahmte mehrere geladene (!) Karabiner, geladene Jagdgewehre, zahlreiche Pistolen, Seitengewehre und etwa 500 Schuß Infanteriemunition. Gleichzeitig nahm die Polizei mehrere Verhaftungen vor, entließ aber die Verhafteten, bis auf einen, bereits nach kurzer Zeit.

Erwerbslose, Betriebsarbeiter, Angestellte, Beamte!

Heraus zum Internationalen Kampftag gegen Arbeitslosigkeit

Demonstriert am 25. Februar gegen die faschistische Hungeroffensive!

Die Armee der Erwerbslosen steigt. Die Betriebsstillegungen und Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten nehmen zu, die Kapitalisten treiben das Proletariat in immer tieferes Elend. Mehrtrieb. Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich. Schmiedet die Massen einheitsfront aller Arbeiter und Angestellten mit den Erwerbslosen gegen die verbrecherischen Ausbeuter und ihre Helfershelfer. Marschiert auf am 25. Februar zum internationalen Kampftag gegen Erwerbslosigkeit:

Für Arbeit und Brot! Gegen den mörderischen Kapitalismus! Gegen die faschistischen Mordkolonnen des Finanzkapitals! Gegen die verräterischen SPD-Führer! Für die Beseitigung des faschistischen Brüning-Kabinetts! Für den Sozialismus, der allen Werktätigen die Existenz garantiert!

Erwerbslosenausschuß Groß-Dresden.

Die Berliner Kommunisten im Kampf gegen Nazi- und Polizeiterror

Berlin, 16. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Das Verbot der Polizei, das die Kommunisten daran hindern sollte, den nationalsozialistischen Banden offen entgegenzutreten, wurde gestern Sonntag durch tausendfach kommunistischer Arbeiter dadurch beantwortet, daß diese fliegende Versammlungen dort organisierten, wo nationalsozialistische Stoßtrupps den Versuch der Terrorisierung von Arbeitern unternahmen. Charakteristisch war wiederum das Verhalten der Polizei, die meist die faschistischen Schreier „überfah", während sie mit brutaler Gewalt alle Arbeiterversammlungen, zu denen kommunistische Redner sprachen, auseinandertrieb. Bisher liegen keine Meldungen über Verhaftungen vor.

Bereitet die Betriebsrätewahlen vor!

Stellt in jedem Betrieb rote Einheitslisten auf!

Wählt nur die Kandidaten, die durch Auslösung und Durchführung des Streiks zeigen, daß sie wirkliche Vertreter der Arbeiter sind!

Die gesamte Thalheimer Textilarbeiterschaft muß sich den bereits in den Streik getretenen Belegschaften anschließen. Hoch Solidarität! Führt den Streik gemeinsam!

In jedem Betrieb, wo der Unternehmer den Lohnabbau vornimmt, gibt es nur eine Antwort: Streik!

Arbeiter und Arbeiterinnen der anderen Industriezweige! Erwerbslose! Unterstützt den Kampf der sächsischen Textilarbeiter! Kämpft in den Betrieben um eure eigenen Forderungen!

Sammelt auf den Listen der RGO und der IAH für die kämpfenden Textilarbeiter!

Es lebe der Kampf der sächsischen Textilarbeiter gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Für die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich! Für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit!

Es lebe die kämpfende Einheitsfront aller Arbeiter!

Streik gegen jede Verschlechterung der Löhne, unter Führung der RGO, in die Hände der Konferenz der vorbereitenden Kampfausschüsse.

Stürmische Proteste gegen Nazi-Film

Berlin, 16. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Nachdem es bereits in den letzten Tagen der vergangenen Woche in den Berliner Lichtspielhäusern zu Demonstrationen und Störungsversuchen gegen das Ablaufen des nationalsozialistischen Films „Das Flötenkonzert von Sanssouci" gekommen war, kam es am Sonntag erneut in den Amor-Lichtspielen in der Uhlandstraße zu stürmischen Protestkundgebungen gegen diesen Film. U. a. wurde ein mit Tinte gefülltes Ei gegen die Leinwand geworfen. Zwei Personen, die im Verdacht standen, das Ei geworfen zu haben, wurden von der Polizei festgenommen, mußten aber wieder freigelassen werden, da ihnen nichts nachgewiesen werden konnte.

Trotz der Protestaktionen der werktätigen Massen wird jedoch die Filmzensurstelle nicht gegen diesen nationalsozialistischen Film einschreiten. Auch als Schützer der herrschenden Kulturreaktion stellt die Grzesinski-Polizei ihren Mann. Sie ist die feste Stütze der Brüning-Regierung, die den Remarque-Film verbot, um den Nazis und Hugenbergern die Geschäfte nicht zu verderben. Diese von einem Sozialdemokraten eingeleitete Polizei und diese grzesinskische kapitalistische Diktatur-Regierung sind wahrhaftig „aufrechte Kämpfer gegen den Faschismus". Ein schäbiger Doppelspiel wird hier vor den Massen aufgeführt, der Faschismus etabliert sich unter der demagogischen Assistenz dieser Partei, deren Masseneinfluß liquidiert werden muß, wenn die deutsche Arbeiterklasse Sieger über den Faschismus werden soll.

Nazi-Frick läßt Streikende verhaften

In Rositz in Thüringen streiken die Arbeiter der Deutschen Rohöl-AG. Die Frick-Polizei geht mit ungeheurem Terror gegen die Streikenden vor. Auf dem Theaterplatz in Altenburg fand eine Kundgebung der Streikenden statt, die von der Polizei mit Gummiknüppelattacken auseinandergetrieben wurde. Mehrere Streikende wurden verhaftet. Auch Streikposten sind schon wiederholt verhaftet worden. — So geht der Maximilianer gegen Arbeiter vor, die sich gegen die lohnräuberischen Kapitalisten wehren.